

Solidarität



Organ des Verbandes der gewerkschaftlichen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3spaltige Zeitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 38 • 37. Jahrgang

Berlin, den 19. September 1931

Die Wirtschaft vor dem Forum des Gewerkschaftskongresses

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt war neben seiner organisatorischen Bedeutung eine Art Gerichts-sitzung, wo darüber geurteilt werden sollte, in welcher Weise das Vermögen des deutschen Volkes von den Sachwaltern desselben in den letzten Jahren gehütet wurde. Sachkenner von Rang und Ruf traten auf, um ihr Urteil über den Verlauf der Wirtschaft in den letzten drei Jahren abzugeben. In seiner Begrüßungsrede hatte der Reichsarbeitsminister Stegerwald die gegenwärtige Wirtschaftskrise als die schwerste seit den napoleonischen Kriegen bezeichnet. Es kam nun darauf an, zu untersuchen: 1. ob ein solcher Niederbruch der Wirtschaft notwendig war, und 2. in welcher Weise in Deutschland der Versuch gemacht werden sollte, die Schäden eines solchen Niederbruchs auszugleichen und von der arbeitenden Klasse abzuwenden. Jeder Teilnehmer des Kongresses wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß der diesjährige Gewerkschaftskongress es in dieser Beziehung an Versuchen nicht hat fehlen lassen, die ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen. Vor dem Forum dieses Kongresses stand die privatkapitalistische Wirtschaft, oder besser gesagt Mißwirtschaft, als eine jämmerliche Figur. Die Gewerkschaften als die Vertreter des besten Teiles der Arbeiterschaft hatten ein Recht, ihr Urteil über die Ergebnisse der Tätigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer abzugeben. Denn letzten Endes sind die Hand- und Kopfarbeiter ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Sie sind seit Jahrzehnten hindurch Objekt gewesen, ihr Aufstieg und ihre gesellschaftliche Stellung verlangt, daß sie nunmehr in die Speichen der Wirtschaftsentwicklung eingreifen.

Selbst hat ein Kongress so viel Material hervorgebracht als dieser. Der von Leipzig gegebene Bericht des Bundesvorstandes war nicht nur eine Darlegung über die Entwicklung der Geschäfte, sondern eine tief wirkende Anklage über die Sünden der kapitalistischen Wirtschaft und zugleich Vorschläge darüber, wie dieselbe gebessert werden könnte. Schonungslos ging der Vertreter der größten Organisationsmacht Deutschlands mit den Taten oder vielmehr Untaten derjenigen ins Gericht, denen der Wohlstand des Volkes mehr oder weniger anvertraut ist. Aber nicht nur die Herren Wirtschaftsführer mußten sich eine tiefgehende Kritik gefallen lassen, sondern auch die Behörden, an ihrer Spitze die Reichsregierung. Diese wurde angeklagt, daß sie die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt hat, je mehr wir uns dem Tiefstand der Wirtschaft genähert haben. Leipzig bestränkte sich nicht darauf, Kritik zu üben, es wurden von ihm auch Vorschläge gemacht, die wohl durchdacht sind und geeignet erscheinen, einen Aufschwung vorzubereiten. Vor allem galten die Vorschläge der Linderung der Not, die die furchtbare der Krisen der breiten Masse der Bevölkerung auferlegte.

Wenn so der Praktiker im Namen der Millionen seine Stimme erheben ließ, so führte auf der anderen Seite ein Theoretiker den Kongress in den Bereich der Wissenschaft, um von hier aus die Wege aus dem Labyrinth wirtschaftlicher Verwirrungen zu zeigen. Prof. Dr. Leberer begnügte sich nicht mit oberflächlichen Bemerkungen. Er nahm die Wirtschaftslage, wie sie ist, um hierauf aufbauend praktische Forderungen abzuleiten. Von der hohen Barre der wissenschaftlichen Erkenntnis ausgehend, begründete dann Leberer die Notwendigkeit der 40-Stunden-Woche. Er hob hierbei hervor, welche ethische Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit innewohnt. Die Arbeiterschaft erklärt sich durch die Forderung der 40-Stunden-Woche bereit, das vorhandene Arbeitsquantum unter möglichst viele Menschen zu verteilen. Begegnet man in der Welt auf Schritt und Tritt fraßestem Egoismus, so haben wir hier das Beispiel einer Solidarität, wie sie nur von der Arbeiterschaft geübt wird.

Nach diesen tiefgründigen Betrachtungen untersuchte Oberbürgermeister Brauer (Mtona) das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft. Brauer ist aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen. Sein Vortrag bewies, welche Kräfte in der Arbeiterbewegung schlummern und zu welchen Posten sie im öffentlichen Leben aufsteigen können. Brauer ist ein Kenner der öffentlichen Wirtschaft wie selten einer. Bezeichnet es doch selbst die Frankfurter Zeitung als einen erheblichen Genuß, dem Redner zuzuhören. Schlag auf Schlag erfolgte der Angriff gegen die Kritiker der in der öffentlichen Hand vereinigten Wirtschaftsteile.

Wenn man nun noch den Extrakt der Ausführungen des Kollegen Körperl hinzunimmt, so kann man sagen, daß auf dem Gewerkschaftskongress die Wirtschaft von allen Seiten beleuchtet wurde. Körperl stellte ganz richtig die Frage in den Vordergrund, daß es Pflicht eines Industriestaates ist, seine heillosen Glieder gegen die

Abermacht der Inhaber der Produktionsmittel zu schützen. Alles in allem hat der Gewerkschaftskongress wieder einmal den Beweis geliefert, daß die Gewerkschaftsbewegung intellektuell heute in der Lage ist, die Wirtschaft vollständig zu überprüfen. Eine solche Bewegung kann sich nicht mehr mit oberflächlichen Bemerkungen begnügen, sondern muß den Dingen auf den Grund gehen. Dies hat der Kongress in ausführlichster Weise getan. Und weil dem so ist, deshalb hat der Kollege Brandes durchaus recht, wenn er diese Tagung als einen Hammer bezeichnet, der von der Arbeiterklasse wuchtig geführt werden muß. Es wäre nur zu wünschen, daß die Arbeiter im Lande das in Frankfurt gebotene Material benutzen würden, um agitatorisch für die Bewegung zu arbeiten. Denn jeder ist berufen, diesen Hammer zu führen, einesteils um die kapitalistische Wirtschaft zu discredittieren und andernteils eine Welt der Arbeit und der Freude aufzubauen.

Entschliessungen des 14. Kongresses des ADGB.

Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche
Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Kräfteverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungs- und Konsumkraft, hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Hinzugetreten ist eine Reihe von Sonderumständen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Absage an den Krieg, das heißt durch allgemeine Abrüstung zu beseitigen und damit die notwendige Vorbereitung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesauschuß des ADGB in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich und aus sozialen und politischen Gründen unabweisbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach der geschätzten allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten. Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Notstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Öffentliche und private Wirtschaft

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Verlagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Eingebung der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entpricht ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist die Privatisierung des wirtschaftlichen Schweregewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegt haben, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Fehlinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verhewenswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende her erkennen lassen.

Der Niedergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingt, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kredittrosselung zu einer fasten Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschlürungen der Gesamtwirtschaft wären unausbleiblich, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichem Rentennutzen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhal-

tung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau. Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienstwille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausland liegen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewährleisten.

Aufzuheben sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in härtestem Maße für eine Wiederverwertung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrs- und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongress erblidet in der Verkürzung der Einfuhrquote der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsbedingungswirtschaft.

Zur Beschlagnahme des Arbeitslohnes

Der Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. beschließt: Der Bundesvorstand soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erlöhen, dahin zu wirken, daß die ergänzende Verordnung vom 27. Februar 1928 (RGBl. I, 45) zum Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes, über den 31. Dezember 1931 in Kraft bleibt.

Der Gewerkschaftskongress hält den pfandfreien Betrag von 45 M. in der Woche als die gegebene Grenze.

Gegen die Herausnahme der Heimarbeiterchaft aus der Arbeitslosenversicherung

Der Kongress lehnt alle Bestrebungen ab, die auf die Herausnahme der Heimarbeiterchaft aus der Arbeitslosenversicherung gerichtet sind. Er bekämpft auch die Beschränkungen, die laut Notverordnungen für den Arbeitslosenstatus der jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer eingebaut worden sind. Der Bundestag fordert vielmehr die Einbeziehung der Heimarbeiterchaft in die Arbeitslosenversicherung und verlangt die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen und verheirateten weiblichen Arbeitnehmer.

Zur Sozialversicherung

Der Gewerkschaftskongress beauftragt den Bundesvorstand, dahin zu wirken, daß die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz in dem Sinne geändert werden, daß in allen Versicherungszweigen als Voraussetzung für den Unterhaltungsanspruch das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis, nicht aber die Tatsache der Beitragsleistung, und als Maßstab für die Unterhaltungsgröße die Höhe des Lohnes und nicht die Höhe der Beiträge gilt. Für die Steigerung der Höhe der Unterhaltungsleistung soll gleichfalls die gesamte Dauer versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, nicht aber die Zahl der Beiträge maßgebend sein.

Kapitalistische Rezepte der Kommunisten

Manches Zeitungsverbot ist in letzter Zeit auf Grund der Notverordnung ergangen. In den meisten Fällen muß unsere Kollegenschaft die Zeche für die Ungeschicklichkeit der Redakteure bezahlen. Die Belegschaft wird während des Verbots gekündigt oder muß ausziehen. Diejenigen aber, die aus der Pressefreiheit eine Pressefreiheit machen, die den weitestgehenden Raum der Kritik nicht abzuschätzen wissen, tun so, als seien sie die größten Unschuldslämmer. Nicht die Gehärdel, Verleumdungen über Verleumdungen, Verdrehungen der Tatsachen, Aufforderungen zu gewalttätigem Sturz der Regierungen, zu Mord und Totschlag sollen schuld an den Zeitungsverboten sein, sondern die Minister und Behörden, die es wagen, all die Beschimpfungen und Drohungen nicht ruhig hinzunehmen.

Zu dieser Art von Presse gehört auch die in Köln erscheinende kommunistische Zeitung „Sozialistische Republik“, die durch eine besonders stilvolle Schreibweise auffällt. Im letzten Dreivierteljahr wurde sie nicht weniger als viermal, zum Teil wochenlang, verboten. Selbstverständlich war nicht etwa der Besen-Stil des Redakteurs an den Verbotsen schuld — i bewahre — ganz andere kommen dafür in Frage. Wozu wäre denn der Polizei- und Regierungspräsident da, wenn sie nicht ihren Sufel ausschließlich für die ethische Erziehungsarbeit der Herren kommunistischen Journalisten (selber nennen sie ihre andersdenkenden Kollegen gerne Journallisten) herhalten sollten. Also nur immer led drauflosgeschrieben, auf ein Verbot mehr oder weniger kommt es gar nicht an. Am 13. Juni wurde die Zeitung wieder mal für vier Wochen verboten.

Die Westdeutsche Buchdruckverksättin A.-G., die die „Sozialistische Republik“ druckt, stellte beim Demobilisationskommissar Stilllegungsantrag und erreichte die Abkürzung der Sperrfrist. Die Firma gab jedoch die Zusicherung, nach Ablauf der Verbotszeit die gesamte Belegschaft nach Möglichkeit wieder einzustellen — auch im Wiederholungsfall. Der Stilllegungsantrag und der mit ihm verbundene Verzicht auf die Kündigungzeit sollte lediglich ein freiwilliges Ausgehen ermöglichen. Unter diesen Voraussetzungen erklärten sich entgegenkommenderweise die fraglichen Betriebsangehörigen mit der getroffenen Regelung einverstanden. Der Arbeitsbetrieb arbeitete weiter.

Die Redaktion der „Sozialistischen Republik“ war jedoch durch die mehrfachen Verbote noch immer keines Besseren belehrt. Kaum acht Tage erschienen, mußte sie schon wieder die Drosselschleuder in Ruhe sehen und das Zeitungspapier weiß und unschuldig im Keller liegenlassen. Wieder mußte die Belegschaft die Zeche bezahlen, bis auf die Arbeitsangehörigen wurde sie gemäß Vereinbarung abermals entlassen. Nun aber zeigte sich der kommunistische Betrieb mit seinem wahren „arbeitsfreundlichen“ Gesicht. Als das Verbot abgelassen war, sollten sämtliche Belegschaftsmitglieder gemäß § 9 Ziffer 8 des Reichstaxtarifs nur zur Aushilfe eingestellt werden, um jeden Tag beliebige Entlassungen zu ermöglichen. Außerdem wurde verlangt, auf sämtliche über tarifliche Zuschläge zu verzichten. Sogar eine Anlegerin, die 11 Jahre im Arbeitsbetrieb beschäftigt und mit dem Zeitungsverbot in gar keine Verbindung zu bringen war, sollte aushilfsweise weiterarbeiten.

Mit Recht wehrte sich die Belegschaft gegen dieses tarifwidrige Anerbieten. Alle Bemühungen zur Beilegung des Konflikts blieben jedoch ergebnislos. Der neue Geschäftsführer, ein früheres r... revolutionäres Verbandsmitglied der Buchdrucker, einige Jahre sogar Vorsitzender des 4. Bezirks Berlin-Ost, wollte der Kölner Belegschaft zeigen, was eine Mundharmonika ist, einer Belegschaft, die den Beitritt zur KGD abgelehnt hatte und sich nicht bereit fand, freiwillige (sprich unbezahlte) Überstunden zu leisten. Rein Wunder, wenn es zum offenen Bruch kam.

Der Ausgang dieses bewußt heraufbeschworenen Konflikts in einem revolutionären „Arbeiter“-betrieb wird nach den verschiedensten vorausgegangenen Aufstellungen niemanden in Erstaunen setzen. Der Belegschaft, die um die Einhaltung tariflicher Bestimmungen kämpfte, fielen einige „Unionsleute“ in den Rücken, auch zwei inzwischen ausgeschlossene Hilfsarbeiter, ein paar Streikbrecher wurden noch aus dem Hauptbetrieb in Düsseldorf abkommandiert, und die Zeitung erschien wieder, die Kausreißer als Helben feierend, die andern Fachmenschen nennend.

Nun folgte aber die logische Rehrseite. 13 Gehilfen und eine Anlegerin klagten am Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung zu tariflichen Bedingungen oder Entschädigung gemäß § 87 des BtG. Nach mehreren eingehenden Verhandlungen wurde der „Arbeiter“-betrieb am 26. August verurteilt, die gesamte Belegschaft wieder einzustellen, andernfalls steht ihr eine Entschädigung von insgesamt 23 900 M. zu. In der mündlichen Begründung des Urteils wurde unter anderem ausgeführt:

Durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß bei allen früheren Verbots der Zeitung das Personal mit der ausdrücklichen Bestimmung entlassen wurde, daß nach Aufhebung des Verbots das Personal wieder zu alten Bedingungen eingestellt werde. So sei es im vorliegenden Falle auch vorgegangen gewesen, so daß man von einer eigentlichen Entlassung nicht sprechen könne, sondern nur von einem Ausgehen der Arbeit bis zum Wiedereintritt in der Zeitung. Die Arbeitnehmer konnten demnach die untariflichen Bedingungen ablehnen. Auch den Betriebsratsmitgliedern konnte nicht zugemutet werden, daß sie ihre Arbeit fortsetzen in einem Betrieb, wo tarifwidrige Bedingungen eingeführt wurden. Die Entschädigung wurde wegen der grundsätzlichen Bedeutung für berufungsfähig erklärt.

Das Urteil wird jeder als gerecht empfunden. Die Handlungsweise der kommunistischen Betriebsleitung unterscheidet sich in vorliegendem Falle durch nichts von den erzreaktionärsten Scharfmachern. Die Belegschaft hat zu fühlen, wenn der Herr-im-Hause kommandiert. Vielleicht war's auch nur Manöver, um den Betrieb von den Gewerkschaften zu reinigen.

Auf 23 900 M. oder Wiedereinstellung haben die Streiter um ihre tariflichen Rechte Anspruch. Das ist für die „Sozialistische Republik“ keine Kleinigkeit. Schon am 26. August schrieb sie in Fettdruck:

Unter Kontrolle der Massen werden in den nächsten Tagen alle diejenigen sämigen Zeitungsboten und Ortsgruppenleitungen gestellt, die ihre einflussreichsten Abonnementsgelder nicht sofort an den Verlag abziehen...

Einen Tag später konnte man jedoch schon wieder eine andere tröstliche Lesart finden. Das angezogene Urteil des Arbeitsgerichts war mit der Aufforderung versehen, „Jetzt erst recht: Massenwerbung für die kommunistische Presse — Schafft tausende neue Abonnenten.“ Das wird auch unbedingt notwendig sein. Nach den Aussagen des Geschäftsführers Wolf vom Kölner Arbeitsgericht steht es mit dem kommunistischen Betriebe schlecht, sehr schlecht sogar. Keine Firma liefert mehr Papier ohne vorherige Bezahlung. Es sei schon erwogen worden, den Bau zuzumachen. Der Leistungslohn müsse abgebaut werden... Welch ein Unterschied zwischen diesen Bekenntnissen und der geistigen Kraft, die täglich den armen Proleten in diesen Schlagzeilen vorgelegt wird. Ja, Bauer, das ist etwas anderes...

Die Kollegenschaft wird aus diesen Vorkommnissen die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Unsere beiden bisherigen Kausreißerkollegen Li und Zimmer hat die letzte Kölner Mitgliederversammlung die nötige Quittung gegeben. Beide würden einstimmig ausgeschlossen. Auch die Bildhauer haben ihre Helben Brust, Köhlig und Doll an die Luft befördert. Wir wollen es uns immer wieder einprägen: ... und weichen keinen Cicero breit von dem Tarife ab.

Reise um die Bundeschule

Wie man gegen den „Marxismus“ kämpft

Als im 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knüpfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferinn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Seitdem sind einige Sommer ins Tal gestiegen, und abermals errichteten die freien Gewerkschaften ein Gebäude — die Bernauer Bundeschule. Aber auch die Technik der Kampfweisen gegen den „Marxismus“ erlebte inzwischen beträchtliche Fortschritte. Da entnehmen wir der Zeitung „Volkswacht“ Nr. 62 eine Beschreibung des „Gewerkschaftsschulpalastes im Bernauer Forst“, deren Genuß auch denjenigen nicht vorenthalten sei, die ebensowenig wie wir wissen, was für ein treffliches Organ die „Volkswacht“ ist, und welche Sorte Geist und Richtung sie vertritt.

Nach Darstellung „von einem sehr genauen Kenner“ ist die Bernauer Schule die „Spitzenleistung gewerkschaftlicher Bruntbauten“. „Kom Teuersten das Teuerste“ soll gerade noch gut genug sein, um in „dieser Rednerschule, in der in vierwöchigen Turnus jeweils 120 angehende Gewerkschaftssekretäre ausgebildet werden“, diesen zehn Duzend ein Leben „in einem unerhörten Luxus zu ermöglichen“. Der Schaal, die große Turnhalle, Bibliothek, Kaufsalon und „die modernen Bäder“ reizen diesen „Kenner“ zum Vergleich mit der lüsteren Prokerei auf einem allerneuesten Oceanriesen. Neben „allem erdenklichen Waschkomfort“ eine Heizungsanlage aus USA. — „sie ist die größte auf unserem Kontinent, der sich solch teuren Spaß sonst nicht leisten kann“. Ueberhaupt ist es kaum zu sagen, was den „angehenden Gewerkschaftssekretären“ noch an faulem Zauber geboten wird. In den „Milliardärpalästen eines Wanderbilds oder Morgan“ mag vielleicht noch derlei Brimborium zu entdecken sein, sonst nirgendwo. „Eine von Berlin elektrisch gesteuerte Uhr läutet die Tageseinteilung ein.“ Und tritt zum Zeitvertreib gar einer ans Rednerpult, so leuchtet der Hintergrund

„geheimnisvoll auf, den Redner in eine magische Beleuchtung stellend“. Selten genug wird allerdings dieser Theatereffekt nötig sein, denn ein „Stadion“ und ein „See, dessen Grund mit einer besonderen Masse ausgelegt ist, um das Wasser klar zu halten“, bieten zwischen zwei Schlemmermahlen genug Amüsement, um den Unterricht entbehrlich zu machen.

Wie gesagt: Wir kennen die „Volkswacht“, der kommende Geschlechter die farbenvolle Schilderung eines „unerhörten Luxus“ unserer Tage verdanken, selber nicht. Es wäre uns auch nicht in den Sinn gekommen, auf den dort zusammengefügten Hintertreppeneffekt auch nur mit der Stiefelspitze zu zeigen, wäre nicht das ganze Müllhäufchen aufgegriffen worden von der — „Deutschen Bergwerkszeitung“. Dieses großindustrielle Organ weiß so gut wie wir, daß diese Darstellung der Bundeschule nichts weiter ist, als ein grotesker Rißch, und daß, von allem anderen Anstich zu schweigen, den „Wahschomfort des Schulpalastes“ nur derjenige als ausschweifend empfinden kann, dessen Waschbedürfnisse unter dem in Deutschland gültigen Durchschnitt stehen. Die „Bergwerkszeitung“ weiß so gut wie wir, daß in Bernau keine „Rednerschule“ ist, in der monatlich „angehende Gewerkschaftssekretäre“ ausgebildet werden, daß vielmehr die dortigen Schüler Arbeiter sind aus der Werkstatt, in die sie zurückkehren, nachdem ihnen einige Grundkenntnisse von Wirtschaft und sozialem Recht vermittelt wurden (und denen allerdings oft genug von der Arbeitgeberseite die Beurlaubung verweigert wird — wie die „Bergwerkszeitung“ auch wissen dürfte!). Vor allem hätte das Arbeitgeberblatt die Möglichkeit gehabt, sich zuverlässig zu unterrichten, ehe es die deutsche Gewerkschaftsbewegung der schamlosen Verschleuderung von Mitgliederbargeldern verdächtigt. Wir werden nicht zum Richter laufen wegen eines Angriffs, der sich selbst richtet. Viel größer wäre die Versuchung, das schöne Dokument jeder neuen Schülergarnitur von dem bewussten „magisch erleuchteten Rednerpult“ herab vorzulesen mit dem Hinweis auf die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Dann ginge die „sozialistische Heilslehre“, wie der Verfasser sich ironisch ausdrückt, nochmal so gut ein. Denn die Hörer würden sich (so ihnen das luxuriöse Palastleben dazu Zeit läßt) Gedanken darüber machen, wohin es mit einer herrschenden Schicht gekommen ist, die sich einstmals so gern auf „Wiß und Bildung“ berief, die alltäglich über „Klassenkampf“ und „Volkserziehung“ in der sozialistischen Bewegung klagte. Als Kommentar wäre allenfalls die Frage hinzuzufügen: — wo, außerhalb Deutschlands, von den Repräsentanten der bestehenden Wirtschaftsordnung in diesem Ton und mit diesen Mitteln gegen die größte Arbeiterorganisation des Landes gehegt wird? — Vielleicht erklärt dies mancherlei an unseren Zuständen.

So sollst du das Verbandsblatt lesen!

Viele Mitglieder des Verbandes lesen ihr Verbandsblatt nicht so, wie das Blatt es verdient. Viele andere beachten es kaum. Es liegt darin eine gewisse Schwäche des Charakters begründet. Denn das weiß jeder, daß das Blatt ihm gewiß manch Neues und Gutes mit jeder Nummer zu sagen hat, aber es fehlt der Entschluß des Anfgens mit dem Lesen. Es war nun immer so gewesen. Stets war das Verhältnis so lässig. Die Entschlußkraft fehlt.

Darum, Kollege, der du das Blatt bisher zu wenig beachtet hast, raffe dich auf! Es ist dies ja oft eine Schwierigkeit, dieses Nichtanfängentönnen. Auch bei Geistesarbeitern findet man es oft. Aber ist der frische Entschluß erst gefaßt, dann geht es.

Dieses Nichtanfängentönnen und Nichtanfängentönnen mit gewerkschaftlicher Lektüre ist ein Kernübel im proletarischen Bildungswesen der Zeit. Hier Überwindung zu schaffen durch den starken Entschluß der Tat: und der gewerkschaftlichen Bewegung werden ungeheure neue Energien gewonnen.

Bei diesem Entschluß des Bildungswillens muß sich jeder natürlich klar sein, daß die Lektüre nicht zum Vergnügen geboten wird. Es ist gerade für kämpfende Menschen so, wie Goethe es einmal ausgesprochen hat: „Du bist über die Kinderjahre hinaus, du mußt also nicht nur zum Vergnügen, sondern zur Besserung deines Verstandes und deines Willens lesen!“

Und dann gibt Goethe das Rezept zum Lesen. „Siehe, du mußt du es machen!“, spricht er. „Nimm ein Stück nach dem andern in der Reihe, lies es aufmerksam durch, und wenn es dir auch nicht gefällt, lies es doch! Wenn du es gelesen hast, dann stelle Beobachtungen darüber an. Im Anfang wird es dir schwer werden, aber bald wird es leichter gehen, wie mit dem Schreiben. Fange damit an, aber halbe!“

Darum keine Ausflüchte mehr und keine Bedenken! Fange an! Entschließe dich! Und lies gründlich! Und eine Welt wird sich dir neu offenbaren. Und du wirst vieles ganz anders sehen und schöner und gläubender. Und du wirst wachsen in dir. Und neue Kräfte wirst du spüren, die heute noch in dir schlummern.

Doch fange an! Fange daran!

Nacht des Vollmondes

Von Alexander von Sacher-Masoch

„Im Grünen Hahn“ schlief der Wind, der von der Steppe kam, ein Fenster zu. Er legte ein paar wurmförmige Schindeln von den Dächern des Herrenhofes der Frencit. Dann entstand Schweigen.

Ein grauer Himmel lag über der großen Tiefebene, und im Westen tauchte das schmutzgelbe Wasser der Theiß auf und sprang wild gegen den Fährdamm.

Schwalbe aber lag im Maisfeld des Herrn von Frencit auf dem Rücken und schnarrte so laut und unbekümmert wie ein richtiger Graf, der daheim in seinem Saule in einem Bett aus echtem Holz der Ruhe pflegt. Obwohl Schwalbe nur in einer Rille des Maisfeldes zwischen mannshohen Kulturstauben lag, in denen der Wind geheimnisvoll rauschte.

Manchmal, an Tagen der Wetterwende, wenn die fugelrunden Kreuzmäuse der fernen Klirne im Dunst verschwanden, der Sturm von den Karpaten her zu blasen begann und der Steppenland seinen feinen, singenden Tanz anhub, dann wogten die Maisfelder und braunten, als ritt ein Heer trommelnder Heiden über sie hin —

Schwalbe aber, der Zigeuner, träumte von einem großen Feuer im Feldhof seines Ururgroßvaters, der ein großer Häuptling gewesen war und ein Freund Michael Bobits, des Betzjans. Und Schwalbe träumte von einem fetten Spanferkel, das am Spieße über der Glut loeben braun und knusprig geworden war, und streckte die Hand aus, um es zu essen. Aber wie er den Braten schon fast erreicht hatte, sprang das gare Ferkel vom Feuer und rannte vor ihm her, so daß er es nicht erreichen konnte, immer zwei Schritte voraus. Der Spieß steckte auch jetzt noch im Ferkel. Schwalbe stolperte, fiel hin und — erwachte.

Im diese Zeit fielen auch gerade die ersten Regentropfen vom Himmel. Schwalbe nahm den Weigen auf den Rücken, reinigte seine Augen mit dem Hemdärmel und watschelte auf nackten Sohlen die Anhöhe hinauf. Er trat in den „Grünen Hahn“ und krümmte den Rücken vor Moische Saal, dem Wirt:

„Küß die Hand, liebes Wäterchen“ und mit dem Daumen rückwärts deutend, sagte er noch: „Es regnet.“

„Gnells künste Kugeln hatten in Schwalbe sofort Beruf, Zahlungsunfähigkeit und den Geigenfall festgestellt.“

Da es aber Sonnabend war, warf er ihn nicht gleich zur Tür hinaus — er dachte dabei an etwa zu erwartende Gäste und an billige Müßi —, sondern nickte gütig mit dem Kopf:

„Warum soll es denn nicht regnen? Freilich regnet es...“ Damit war diese Zwiepsack beendet, und Schwalbe verzog sich in einen Winkel des Galkraumes, holte die Geige hervor, prüfte, puhte, stimmte an ihr herum, sprach zu ihr wie zu seinesgleichen und blinzelte von Zeit zu Zeit listig zur Küche hinüber, schnuppernd und werdend, was nicht zu verwundern war, weil sein Magen erheblich knurrte.

Später stand Schwalbe unter der flackernden Öllampe der Schenke und spielte. Während des Spiels veränderte sich sein Gesicht, seine Haltung, er schien zu waschen, sein Haar flatterte in der Zugluft des Raumes hin und her, seine Augen blühten. Sein podennarbiges Zigeunergesicht war jetzt von einer wilden, zwingenden Schönheit. Er war der Herr, nach dessen Takt die Herren der Tanzenden Betzjans und Mägde schlugen. Er war der Herr der Tränen und des Lächelns.

Und Schwalbe wußte das. Seine Nacht war groß. Einmal begegnete er als halbwüchsiger Knabe einem Bären. Es war das auf den Fängen des Sarko, denn er durchstreichte in jenen Tagen — damals schon heim- und wasserlos — das südlische Ungarn. Schwalbe war feige, wie alle seine Stammesgenossen, feige, wie eben nur ein Zigeuner feige sein kann, und das Herz rauschte ihm mit einem Male bis in die Fußsohlen hinab. Der Bär war keine fünf Schritte vor ihm und brummte, daß Schwalbe der durchschüchtere alte Halbzölibber vom Kopfe fiel, weil seine Haare plötzlich so zu zergräben kanden wie die Borsten eines Stachelschweines. So erzählte er es später im Dorfe.

Aber flugs griff er nach dem Weigen, klemmte die Fiedel unter den Kinn und begann zu spielen. Alle Angst war im Ku verlogen.

Und nach geraumer Weile sah der Bär auf den Hinterpfoten und wiegte sich langsam im Takte hin und her. Der Bär war wie ein Fiedelhündchen geworden, zahm und freundlich —

Als Schwalbe um Mitternacht müde und zerschlagen aus Gnells Schenke trat, stand der Mond rund am Himmel und viele Sterne. Die Kapseln vor dem Gutshofe Frencits rauschten. Schwalbe betruzte sich vor dem runden Mond, spuckte der Sicherheit halber zweimal über sein eigenes Haupt nach rückwärts und prüfte sich, ob er nicht etwa eine Lüge im Betzen führte, denn er hatte von seinem Vater gelernt, daß eine Lüge bei Vollmond eine lange Reihe schwieriger Krankheiten zur Folge habe. Sonst war das Lügen ein Privileg seiner Klasse, aber bei Vollmond war das anders.

Er schlurte auf der Landstraße, die an dem Gutshofe entlanglief, weiter und stand — nunmehr weniger erbaulichen Gedanken nachhängend — mitten im hellen Mondlicht, der weißen Front des Herrenhauses gerade gegenüber. Wo wohnt der Bühnenstall liegt? überlegte er.

Als er den Kopf hob, sah er etwas Seltsames. Schwalbe rieb sich die Augen und kratzte auf ein Wunder. Denn was er sah, konnte nur ein Wunder sein.

Sobald oben, auf dem Rande des breiten Schindelbaches, stand ein nacktes Mädchen mitten im Mondlicht und begann gerade zu tanzen. Ungemein zart und schlank war dieses Mädchen, und es schien Schwalbe, daß der Mondstrahl durch ihren Körper drang wie durch Glas. Ihre Arme griffen sanft in den warmen Wind der Sommernacht, ihre Haare umtanzten sie wie eine schwarze Fahne.

Schwalbe stand und kratzte.

— Eine Tür flog auf. Lichter blühten. Die Stimme eines Weibes überflog sie gelblich. Halbgeblendete Menschen drängten, klagen sich auf dem eingezäunten Hof. „Das Fräulein!“ rief jemand.

Schwalbe sprang auf, mit einem Sah war er über den Zaun, ohne auf die Hunde zu achten, die winselnd an ihren Ketten zerrten. Er sah nichts, hörte nichts, seine Augen hingen an der Gestalt dort droben, die wie ein schwaches Rohr im Winde schwankte.

Schwalbe war mitten im Hof, mit seinen blühenden Augen, wehenden Haaren, schwarz, das Gesicht häßlich verzerrt, drohend. Er hob den Arm, und ein leerer Raum entstand um ihn.

Der Teufel!“ jächte eine der Mägde. Die Gestalt am Dache schwankte. Frencit, der Herr, der mit wehendem Schnurrbart und verglafenen Augen unter seinen Dienstknechten stand, riefelte ein Gebet.

Aber Schwalbe setzte die Geige an und begann zu spielen. Und er spielte von wehenden Mondweilen, von Heiterkeit und Freiheit und von einer Straße, die in den Himmel führte. Und er lachte und rief, schmeichelte und fluchte und sprach zu dem Wesen, das dort oben im Monde stand, in der einzigen Sprache, die er und seine Väter sprechen konnten, wie niemand sonst auf Erden.

Und leichte, garte Füße schritten frei und sicher über die schmale Kante, die das Leben von dem Tod trennte.

Schwalbe rittete Frencits Kind.

Dann stand Schwalbe verwirrt und fremd zwischen den vielen Menschen und mußte viel Hände schütteln, die seine braune Hand sonst niemals berührten.

Nikolaus Frencit aber stellte sich vor Schwalbe auf. Er hatte schwarze, stehende Augen und einen Schnurrbart, der drohend niederbaumelte:

„Wie heißt du?“

„Schwalbe, wenn es Ihnen so recht ist, gnädiger Herr!“

Und Frencit fragte darauf:

„Wie bist du hierhergekommen, Schwalbe, es ist ein wahres Wunder, was suchst du hier?“

Und Schwalbe wand und drehte sich unter dem Blick des mächtigen Herrn. Denn er wußte, daß es die Nacht des Vollmondes war. Dann lag er nach einer Pause:

„Ich wollte ein Huhn stehlen, gnädiger Herr!“

Im Wartesaal

Luftige Stizze aus dem heutigen Rußland von M. S o s t i s h e n o.

„Stehen, meine Freunde, ist eine große und schwierige Kunst!“

„In unserer Zeit — nun, ihr werdet es begreifen — gehört dazu eine ungeheure Phantasie!“

Der Grund hierfür liegt klar auf der Hand: das Publikum ist sehr mißtrauisch geworden; immer ist es auf der Hut und befreit, seine Interessen zu wahren. Mehr als seinen Augenpfeil hütet es sein Hab und Gut. Ein Auge, so heißt es, kann man immer auf Grund seines Versicherungsscheines ersehen lassen. Das Eigentum jedoch wird man bei unserer bitteren Armut niemals wieder zurückerhalten! Und in der Tat, das ist wahr!

Darum muß ein Dieb heutzutage außerordentlich gerissen sein, muß über einen ungewöhnlichen Verstand und eine hervorragende Phantasie verfügen — sonst kann er unter einem derartig eingestellten Publikum sein Leben nicht fristen. Er muß eben ein ganz großer Künstler in seinem Fach sein!

Neulich wurde eine Bekannte von mir, eine brave Alte, gründlich hereingelegt, und dazu noch was für eine Alte! Die hatte selbst schon manchen geschickt begauert. Und — auf einmal wurde dieser Alten durch einen ganz schlaunen Dieb das Bündel, man muß es schon sagen, direkt unter ihrem Gefäß fortgelauert.

Die Alte sah also im Wartesaal des Bahnhofs, von dem aus die Ägde nach Now abgehen. Sie sah auf ihrem Bündel und wartete auf den Zug. Der sollte um 12 Uhr nachts fahren. So hatte sie sich denn schon am frühen Morgen hier angeiselt und auf ihrem Bündel niedergelassen. Da hatte sie nun und rührte sich nicht vom Fleck, weil sie Angst hatte, sich von ihrem Eigentum zu entfernen.

So sah und sah sie nun hundenlang, ohne sich zu regen; frühstücke auf ihrem Bündel und nahm, wenn sie Durst verspürte, einen Schluck Wasser aus der Feldflasche zu sich. Und was die anderen Leinen Bedürfnisse betraf, wie z. B. Händewaschen und Haarekämmen — nun, so verzichtete die Alte eben hebenhaft darauf und hielt es auch aus... Denn ihre Bündel war so umfangreich, daß sie es durch mittelreiche Türen ohnehin nicht schaffen konnte. Es im Stich zu lassen aber schien ihr, wie ich vorher schon bemerkte, gefährlich.

So lag sie denn weiter darauf fest und nidte dazwischen ein wenig vor sich hin.

Zusammen mit mir, erwog sie, wird man das Bündel wohl nicht stehlen. Solch eine Schlafmuse bin ich nicht! Ich dämmere nur ganz leicht; bei der geringsten Berührung zerwache ich natürlich!

Und sie nickte weiter.

Wichtig kommt es ihr im Halbschlaf so vor, als ob jemand mit dem Knie gegen ihr Knie stößt: einmal — noch einmal und zum drittenmal.

Was ist denn das für ein Gebränge? denkt sie, noch trauhaft benommen. Wie ungebührlich das Volk sich heutzutage doch betragt!

Dabei reibt sie sich die Augen aus, nickt einmal und sieht, wie ein fremder Mann vorüberstößt und sein Taschentuch zieht. Und zusammen mit diesem Taschentuch läßt er versehentlich einen grünen Dreirubelschein fallen. Der bleibt auf dem Fußboden liegen.

Die Alte wird stark vor Freude. Sie springt auf und setzt ihren Fuß auf das Geld. Später bißt sie sich, wie zufällig, während sie in ihrem Herzen Gott anfleht, daß er ihre Absicht gelingen lassen möge.

Es glückt, und den Schein in der bebenden Faust verbergend, eilt sie zurück zu ihrem Bündel.

Nun es ist natürlich traurig, das Weitere zu berichten: nämlich daß die bedauernswerte Alte, wie sie sich nun umwendet, ihr Bündel nicht mehr vorfindet...

Der Dreirubelschein erwies sich im übrigen als Fälschung. Mit Mühe und Not gelang es ihr schließlich, ihn für anderthalb Rubel loszuschlagen.

Aus den Sahlstellen

Witwaver. Unsere Mitgliederversammlung am 5. September beschäftigte sich in der Hauptsache mit Verstandsarbeiten im graphischen Gewerbe. Hierfür war von der Ortsleitung Herr Dr. Raab gewonnen worden. Wir haben aus dem letzten Vortrag die besonders für die graphischen Arbeiter gefährliche Berufskrankheit hervor. Die Verwendung von Blei im Arbeitsprozess ist durch die Entwicklung von Meißeldampf und Staub für verschiedene Organe im menschlichen Körper gefährlich. Erstens für das Knochenmark, zweitens Blutgefäße, drittens Nieren, viertens Verdauungsorgane und fünftens Herzenssystem. Blei greift zuerst das Knochenmark an und behindert die Bildung der Blutzellen; die Folge davon ist Blutarmut. Die eisenhaltigen Blutgefäße werden durch Blei stark, auch führt das Einatmen von größeren Mengen Bleistaub zu Nervenstörungen, Nierenentzündung,

durch Blei verursacht, kommt am wenigsten vor. Legt sich Blei auf die Verdauungsorgane, so entsteht die Bleistolik. In früheren Jahren glaubte man eine Bleikrankheit erst festzustellen, wenn sich an den Zähnen der schwarze Bleisaum bildet. Heute ist durch Blutproben und Urinuntersuchung die Erkrankung schneller herauszufinden. Die Verhütung der Bleikrankheiten ist nur durch vorbildliche Reinigung der Betriebsräume und peinliche Sauberkeit jedes einzelnen möglich. Empfehlenswert ist es für jeden Beschäftigten im graphischen Gewerbe, sich alle drei Monate einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Bleivergiftungen wurden erst in den letzten zwei Jahren als Unfall anerkannt. Aus den Ausführungen des Herrn Direktors Rothenbaum ging hervor, daß unberechtigte Inanspruchnahme der Krankentage, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Not, jetzt oft festgestellt werden kann. Das geht schon daraus hervor, daß von den vertrauensärztlichen Nachuntersuchung bestellten Mitgliedern 40 Prozent nicht erscheinen. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den beiden Herren für den lehrreichen Vortrag.

Dortmund. In erstem Gegenlag zu ihrer Vorgängerin war unsere Mitgliederversammlung vom 5. September verhältnismäßig fast besetzt. Die Versammlung genehmigte zunächst einstimmig die vom Vorstand mit der hiesigen Volkshaus-G. m. b. H. getroffene Regelung zur Abtragung unserer restlichen Schuldverpflichtungen. Im Zusammenhang damit gab sie einer vom Vorstand beantragten größeren Anleihe ihre einstimmige Zustimmung. Das Referat des Abends hatte Kollege Heilmann übernommen. Er sprach über das gegenwärtig hochaktuelle Thema: „Rann bei der anhaltenden Wirtschaftskrise die 40stündige Arbeitswoche beibehalten werden?“ Kollege Heilmann ging von der Feststellung aus, daß die privatkapitalistische Wirtschaftsjahresplanung die Wirtschaft allmählich überwinden werden. Auf dieser Linie liege das Bestreben, die Arbeitszeit zu verkürzen. Einerseits soll dadurch das Absinken großer Teile des Proletariats in den Zustand sozialer Verelendung verhindert, andererseits die gegebenen Arbeitsmengen auf eine größere Anzahl von Arbeitskräften umgelegt und damit eine Entlastung nach der öffentlichen Abgabenseite hin erzielt werden. Im Anschluß hieran schilderte Kollege Heilmann Verlauf und Ergebnis der im Gewerbe stattgefundenen Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeitverkürzung und die Gegenfähigkeit der beiderseitigen Forderungen, die eine freiwillige Verständigung unmöglich gemacht hat. Auch die möglichen Vorgänge der Zukunft wurden der Versammlung klar und eindeutig vor Augen geführt. Es ist unmöglich, dem ungemessen vielseitigen Vortrag des Kollegen Heilmann auch nur entfernt an dieser Stelle gerecht zu werden. Die anschließende Debatte erbrachte durch die Ausführungen des Kollegen Schneidermann den Beweis dafür, wie verabschiedung die wirtschaftspolitische Entwicklung des Privatkapitalismus und die daraus zu folgende Laizik der Gewerkschaften beurteilt werden kann. Kollege Schneidermann betrachtet die herrschende Krise als die Endkrise des Kapitalismus überhaupt. Sollte das weitere Absinken auch des deutschen Volkes in die vom Kollegen Heilmann geschilderte Bedürfnislosigkeit weiter Gruppen des internationalen Industrieproletariats verhindert werden, so sei der gewaltsame Umsturz der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung eine unbedingte Voraussetzung für die Einführung der auch vom Kollegen Heilmann als unerlässlich notwendig geordneten sozialistischen Planwirtschaft. Eine sich auf friedlichem Wege vollziehende Enteignung der kapitalistischen Klasse hält Kollege Sch. für unmöglich. In seinem Schlußwort nahm Kollege Heilmann zunächst kritisch Stellung zu einer Eingabe des Graphischen Kartells Dortmund an den Graphischen Bund. Sodann wandte er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Ausführungen des Kollegen Schneidermann. Die Arbeiterbewegung könne es sich nicht noch einmal, wie zu Ende des Weltkrieges gestatten, der kapitalistischen Klasse die Verantwortung für die katastrophalen Ergebnisse ihrer Wirtschaftsführung abzunehmen. Trümmernhaufen zu sozialisieren sei eine gefährliche Unmöglichkeit. Wer in dieser Frage Parallelen zu Rußland ziehe, verkenne die gänzlich andere Struktur und internationale Verflechtung der industriellen deutschen Wirtschaft. Für die Richtigkeit des Weges, den die moderne Arbeiterbewegung seit 1918 eingeschlagen habe, sprächen die unübertroffenen Erfolge auf sozialpolitischem Gebiet, die ausgerechnet im Auslande stärker gewirkt würden als in einigen Schichten der deutschen Arbeiterschaft. Die wirtschaftsdemokratische Arbeit führe nicht nur zu physiologischen, sondern auch zur machtmäßigen Auslösung des Kapitalismus und dränge ihn zu jenem Punkte hin, an dem die Sozialisierung ohne Bürgerkrieg möglich wird. Kollegen Weikert gab hierauf den Rajenbericht über das zweite Vierteljahr 1931. Die weiterhin vermehrte Arbeitslosigkeit bewirkte auch in diesem Quartal wieder einen schwachen Rückgang der Einnahmen. Zum erstenmal blieb ferner der Zugang an Mitgliedern hinter dem Abgang zurück. Neun Neuaufnahmen standen vierzehn Abgängen gegenüber, so daß am Schluß des Quartals ein Bestand von genau 200 Mitgliedern vorhanden war. Bei den abgehenden Mitgliedern handelte es sich durchweg um Arbeitslose, die wegen wiederholter Bernachlässigung der Kontrollpflichten gestrichen werden mußten. Der Bestand der Lokalkasse konnte trotz gesteigerter Unterhaltungsausgaben erfreulicherweise gesteigert werden. Kollegen Weikert wurde antragsgemäß einstimmig entlassen. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde die bisherige Welschlerin Kollegin Deutshofen einstimmig zur Stellvertreterin des ersten Schriftführers gewählt. Auf die Stellung von Anträgen zum demnächst stattfindenden Goutag wurde verzichtet. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten, zu denen u. a. Kollege Heilmann das Wort nahm, um die weiblichen Versammlungsteilnehmer mit den sie besonders angehenden Fragen der verbandlichen Invalidentunterstützung vertraut zu machen, wurde die Versammlung in vorgeschrittener Stunde geschlossen.

Rain. Wichtige und weittragende Beschlüsse hatte unsere Mitgliederversammlung vom 31. August zu fassen. Ausschluß von Streikbrechern, Wahl des Vertrauensmitglieds, Abhaltung einer Feler zum 25jährigen Bestehen der Zahlstelle und Bewilligungen von Unterstützungen standen auf der Tagesordnung. Eingangs der Versammlung gab der Vorsitzende Aufschluß über das inzwischen bekanntgewordene Ergebnis der Verhandlungen zwecks Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in unserem Gewerbe. Die Erklärung unserer Unterhändler brachte er zur Berlesung. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles schloß die Versammlung auf Antrag des Vorstandes die beiden bisherigen Kollegen We und Zimmer im hiesigen A.P.V.-Betriebe aus dem Verbands aus gemäß § 13 Ziffer 2c des Verbandsstatuts. Die Gründe, die diesen

einnütigen Versammlungsbeschlüsse herbeiführten, sind an anderer Stelle dieser Zeitung wiedergegeben unter dem Titel „Kapitalistische Rezepten eines kommunistischen Betriebes“. — Der Kassierbericht lag gedruckt vor. Aus dem vom Kassierer, Kollegen Schaeffer, gegebenen Erläuterungen ist zu entnehmen, daß trotz der anhaltenden Krise unsere Kassenerhältnisse noch verhältnismäßig günstig dastehen. In die Hauptkassen konnten 6961,15 Mark abgeführt werden, das sind 624,05 Mark mehr als im ersten Quartal 1931 und 1181,70 Mark mehr als im zweiten Quartal des Vorjahres. Das Vermögen der Ortskasse erhöhte sich um 398,15 Mark auf 20.379,19 Mark. — Zum Beiratsmitglied wurde wiederum Kollege Z u f e n vorgeschlagen und einstimmig gewählt. — Das 25jährige Bestehen der Jahrestelle Köln soll auf Vorschlag des Vorstandes in einfacher aber würdiger Feier am Sonntag, dem 10. Oktober 1931, begangen werden. Außer den Gantagsdelegierten, die anlässlich des 7. ordentlichen Gantages zur selben Zeit hier in Köln sind, hat auch der Gründer der Jahrestelle, Beiratsvorsitzender Kollege Albert Schmid (München), sein Erscheinen zugesagt. Die Vorschläge wurden gutgeheißen und der Vorstand beauftragt, die entsprechenden Vorbereitungen für die Feier zu treffen. — Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Jahrestelle soll auch den ausgesteuerten arbeitslosen, kranken und nichtzugewanderten inaktiven Mitgliedern eine Freude bereitet werden. Die Versammlung beschloß, den genannten Opfern der Wirtschaftskrise eine Unterstützung in Höhe von 10 Mark aus der Ortskasse zu bewilligen. Außerdem wird dem Mitbegründer und stets eifrigen Förderer unserer Jahrestelle, Kollegen Fritz Wrensch, der schon seit einiger Zeit völlig arbeitsunfähig ist, eine monatliche Zahlstellenunterstützung ebenfalls in Höhe von 10 Mark auf Widerruf bewilligt. — Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen Versammlungsteilnehmern für die einmütig gefassten Beschlüsse. Zu erwähnen bleibt noch, daß ein Kollege durch mehrfache abwegige Zwischenrufe die Versammlung zu stören versuchte. Trotz aller Aufregung konnte er jedoch nicht ernst genommen werden, weshalb der Versammlungsleiter weitgehendste Rücksicht in der Erwartung übte, daß auch dieser Kollege wieder zu sich kommen dürfte.

München. Mit Stolz und Freude kann man auf eine Versammlung blicken, wie die war, die von der Ortsverwaltung München für den 8. September nach den Kolloquien-Bierhallen einberufen wurde. Nicht nur, daß der Saal wiederum gefüllt war, sondern auch die Versammlung ein solch erhabenes Bild von Einmütigkeit und Vertrauen zum Verband in dieser Zeit des Wahnsinns und verräterischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß man nur wünschen könnte, es wäre unter den Arbeitern überall so. Wahrscheinlich, es würde um die arbeitende Menschheit besser bestellt sein. Kollege Lehmeier sprach über die 40-Stunden-Woche, Zwangseinstellung und Lohnausgleich. Chronologisch wies Redner nach, wie auch die Unternehmer im graphischen Gewerbe in der 40-Stunden-Woche aus Sauluste — Pauluste geworden sind, natürlich inwieweit durch diese Verkürzung der Arbeitszeit ihre Profitinteressen nicht gefährdet werden. Die versuchte Regelung der Frage von Arbeitnehmer-zur Arbeitgeberorganisation sei daran geknüpft, daß die Unternehmer im graphischen Gewerbe der ohnedies niedergebrieten Arbeiterschaft geflosst die ganzen Lasten aufbürden wollten. Die Unternehmer haben aber auch in München schon versucht, diesen ihren Standpunkt in die Tat umzusetzen, größeren Arbeiterentlassungen im Buch- und Steindruck folgte Kurzarbeit, und Kollege Lehmeier konnte den Kollegen und Kolleginnen den Vorwurf nicht erparen, daß sie oft nur zu weilschrig dem Verlangen der Unternehmer zu ihrem eigenen Schaden Rechnung getragen haben. Der Verband werde stets auf der Hut sein. Er forderte von der Versammlung wie bisher Vertrauen zu den Führern, Geschlossenheit der Mitglieder, wie sie sich heute in der Versammlung zeige, die die beste Gewähr dafür biete, daß Verschönerungen auch für die Zukunft im Arbeitsverhältnis unserer Kollegenchaft zurückgewiesen werden können. Kollege Schmid konstatierte, daß die Versammlung einmütig zu den Ausführungen des Vorsitzenden Kollegen Lehmeier siehe. Unter Ortsangelegenheiten stimmte nach Erläuterung durch den Kollegen Schmid über die Verhältnisse unserer Lokalfälle die Versammlung einstimmig einem Vorschlag der Ortsverwaltung zu, daß bis auf ganz außerordentlich schwere Fälle alle übrigen bisher vorliegenden und für die nächste Zeit einlaufenden Gesuche auf Gewährung von Extraaufstellung zurückgestellt werden müssen, bis die Frage der Weihnachtsunterstützung zur Behandlung stehe. Als Beiratsmitglied wurde Kollege Albert Schmid einstimmig wiedergewählt. Damit war der offizielle Teil der Versammlung abgeschlossen. Um unsere Mitglieder eine kurze Spanne Zeit abzulernen von den grauen Alltagsorgen, hatte die Verwaltung für einen interessanten Lichtbildervortrag geortet: „Das rote Wien“ oder „Von der Kaiserstadt zur Volksstadt“, mit Bildern von der zweiten Arbeiterolympiade. „Der Staat bin ich!“ Diesen historischen Auspruch des Sonnenkönigs Ludwig XIV. von Frankreich zitiierend, eröffnete Genosse Hans Wagner vom Ortsausschuß des OAG, seinen Bildervortrag über das „rote Wien“, die zwei Stunden Vortrag gingen unter der Lautlosigkeit der beifallsfreudigen Zuschauer wie im Fluge vorüber. Mit welcher Begeisterung der Vortrag aufgenommen wurde, zeigte der dröhnende Beifall, der dem Redner nochmals gesollt wurde, als Kollege Schmid namens der Versammlung dem Genossen Wagner für seine wirklich begeisterten Worte den Dank der Anwesenden aussprach.

München - Fürth. Unsere Mitgliederversammlung am 8. September ehrte zunächst das Andenken der tödlich verunglückten Kollegin Lohbrunner, worauf Kollege Keding einen ausführlichen Bericht über den Verlauf des Stuttgarter Verbandstages erstattete. Einleitend schilderte er die ernste Situation, in der sich die Gewerkschaften befinden, weshalb auch alle Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze abgelehnt wurden. Nürnberg war übrigens der einzige Ort, der einen Antrag auf Beitragserhöhung stellte, um dadurch auch eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu ermöglichen. Erreulicherweise ist ja auch ohne eine Beitragserhöhung die obere Staffel von 20 auf 24 M. festgesetzt worden. Die Extraaufstellung, die unser Verbandstag den ausgesteuerten Arbeitslosen bewilligte, zeugt nicht nur von unserer finanziellen Stärke, sondern sie ist auch als praktischer Ausdruck kollegialen Geistes zu bewerten. Unser Verhältnis zu den übrigen graphischen Verbänden sowie die allgemeine Geschäftslage im Buch- und Steindruck wurde auf dem Verbandstag einer ausführlichen Besprechung unterzogen. Der Mitgliederrat des Verbandes ist ziemlich stabil geblieben. Bedauerlich ist, daß durch die ständige Einführung von Anlageapparaten und Druckautomaten die Ausfühler für unsere arbeitslosen Kollegen wesentlich verschlechtert werden. Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man sich diesen Tatsachen verschließen.

Wie bei allen Verbänden, so wurde auch bei uns über die Tarife und Lohnbewegungen in geschlossener Sitzung beraten, wo Kollege Horne in einem dreistündigen Vortrage alle Vorgänge der letzten Jahre besprach. Die Aussprache über die Einführung der 40-Stunden-Woche fand ihren formulierten Ausdruck in einer Entschließung, die einen Lohnausgleich mit Einstellungsdruck fordert. Nach menschlichem Ermessen wird unser Verband den kommenden Krisenwinter ungeschwächt überleben. Der Bericht wurde von der Kollegin Braunwald ergänzt, die in großen Zügen das vom Genossen Ufermann erstattete Referat wiederab sowie die Vorträge der Genossen Dr. Seelbach und Peter Grafmann skizzierte. Die Arbeiterschaft hat heute, im Gegensatz zum kommunistischen Manneß, mehr als ihre Kräfte zu verlieren. Nach der Schilderung verschiedener Einzelheiten kam die Kollegin auch auf den erfreulichen Beschluß zu sprechen, den nächsten Verbandstag in den Mauern unserer alten Nazis abzuhalten. In der darauf folgenden Aussprache verlag Kollege Füllbed die Auswirkungen der jetzigen Weltkriege mit den Verhältnissen in den neunziger Jahren, als noch keine Arbeitslosenversicherung bestand und auch nicht alle Gewerkschaften Unterstützung an ihre Arbeitslosen zahlten. Er bedauerte, daß nur 15 weibliche Delegierte auf dem Verbandstage waren, nachdem doch die Kolleginnen zwei Drittel der Verbandsmitglieder bilden. Kollege Keilmann gab seiner Genugtuung über die Beschlüsse des Verbandstages Ausdruck und besaß sich weiter mit der Frage der 40-Stunden-Woche. In seinem Schlusswort ging Kollege Keding auf die von den beiden Vordemern gemachten Ausführungen näher ein, wobei sich einige Richtstellungen notwendig machten. Wenn die graphische Arbeiterschaft die letzte war, die den Lohnabbau hinnehmen mußte, so wird sie bei besserem Geschäftsgang auch die erste sein, die den Lohnraub wieder rückgängig macht. Kollegin Taubmann erstattete noch den Geschäfts- und Kassierbericht vom zweiten Quartal, der in seinen Zahlen und Geschehnissen ein Spiegelbild der trügerischen Lage im Buch- und Steindruck ist. Einer Beschwerde eines arbeitslosen Kollegen wegen Verweigerung der Extraaufstellung wurde infolge verspäteter Meldung nicht stattgegeben. Zum Schluß der gut besuchten Versammlung gab Kollege Strunz noch bekannt, daß die Ernung unserer Verbandsjubilare in der Novemberversammlung erfolgt.

Saalfeld. S. Mitgliederversammlung am 25. August 1931. Infolge schlechter Witterung und strömenden Regens war der Versammlungsbesuch kein guter; zieht man jedoch die Wichtigkeit der Tagesordnung sowie die Zutropfung der betrieblichen Verhältnisse zwischen Unternehmer und der Kollegenchaft in Betracht, so kann man dieses nicht als Entschuldigungsgrund gelten lassen. Denn man bedenke, von 110 Mitgliedern waren 21 anwesend. In dem zum Hauptpunkt stehenden Bericht über den Verbandstag schilderte Gauleiter Kollege Wambacher in klaren, kurzen Zügen die Verhandlungen. Lohn- und Tariffragen wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Infolge der wachsenden Ausgaben und der geringeren Einnahmen mußte, um gute, stabile Kassenerhältnisse in der kommenden, ersten Zeit zu gewährleisten, ein großer Teil der gestellten Anträge abgelehnt werden. Um den Maßnahmen der Prinzipale tatkräftig entgegenzutreten zu können und sie abzuwehren, müssen die Kassenerhältnisse stark gehalten werden. Notwendig ist der Zulassungsschluß aller zur gemeinsamen Front gegen den Kapitalismus. Die Ausstattung der „Soll“-Liste und der Kollegenchaft Anfang. Den Schwerpunkt der Tagung bildeten die Vorträge der Genossen Grafmann, Ufermann und Seelbach, über welche ja schon ausführlich in der „Soll“-Berichterstattung wurde. Nach Schluß des Berichtes wurde dem Verbandsvorstand sowie den Delegierten Dank und Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Rundschau

Zur Arbeitsmarktfrage in unserem Verband. Für August haben 175 Jahrestellen für 13.553 männliche, 21.588 weibliche, zusammen 35.141 Mitglieder berichtet. Von diesen waren arbeitslos: 2645 männliche = 19,5 Prozent, 7613 weibliche = 35,3 Prozent, zusammen 10.258 = 29,2 Prozent. Verfügt arbeiteten: 1352 männliche = 10 Prozent, 3957 weibliche = 18,3 Prozent, zusammen 5309 = 15,1 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vormonat um 1266, die der Kurzarbeiter um 1671 gestiegen. 42 Jahrestellen mit 368 männlichen, 1112 weiblichen Mitgliedern haben die statistische Karte nicht eingelebt. Von diesen haben einmal nicht berichtet: Bamberg, Ditten, Gellentirgen, Halberstadt, Heide, Kamenz, Lindebrunn, Rabau, Oberan, Oranienburg, Pasing, Saarbrücken, Solingen, Stettin, Wierzen. Zweimal hintereinander haben nicht berichtet: Laaßen, Halle, Lübecke, Queblingen, 3mal haben nicht berichtet: Merseburg, Rathenow, Wernigerode. 4mal: Schramberg, Walzingen; 5mal: Baden-Doß, Flensburg, Salzkufen; 5mal: Langensalza; 6mal: Glogau, Heynitz; 10mal: Vörrach, Krefeld; 13mal: Mannheim, Ditzsch; 14mal: Stade, Stendal, Werdaun; 16mal: Ravensburg; 19mal: Seidenheim; 43mal: Sierloh; 44mal: Neustadt a. d. S.; 45mal: Oberndorf a. N.

Karl Reichmann gestorben. In der Nacht zum 4. September hat einer unserer bekanntesten Breslauer Kollegen die Augen für immer geschlossen. Karl Reichmann, der der Jahrestelle Breslau längere Jahre hindurch als Vorsitzender seine Kraft zur Verfügung gestellt hat, ist nach längerer Krankheit plötzlich von uns geschieden. Seit Beendigung des großen Wölkeringens nahm er, als er wieder in unsere Reihen zurückgekehrt war, den regsten Anteil an dem Wiederaufbau unserer Organisation. Bereits im Jahre 1920 wurde er als Vertreter der graphischen Verbände zum Betriebsrätekongress nach Berlin entsandt. 1925 sehen wir ihn auf dem Verbandstag in Hamburg, desgleichen auch 1928 in Köln am Rhein. In allen Tagungen des Gaus Schließen war er aktiver Teilnehmer; seine Worte wurden stets beachtet. Ebenso hat er als Mitglied und Vorsitzender des Betriebsrats, als welcher er in den letzten Jahren tätig war, vorbildliche Arbeit für Verband und Berufsgenossenschaft geleistet. Der Verband, die Jahrestelle Breslau sowie auch der Gau Schlesien verlieren mit ihm einen der Besten, der stets zur Stelle war, wenn es galt, für die Kollegenchaft zu wirken. Wir rufen ihm an dieser Stelle nochmals ein „Gute Nacht“ nach und hoffen besonders von unserem Nachwuchs, weiterhin in seinem Sinne zu wirken und seiner ehrend zu gedenken.

Ohne Gewerkschaften keine Republik. In der „Medienburgischen Volkszeitung“ Nr. 200 werden interessante Einzelheiten über den Verlauf der letzten Mitgliederversammlung des Medienburg-Strelitzer Landbundes, die ausgerechnet am Versammlungstag stattfand, mitgeteilt. In der Versammlung

nahm auch der Führer des Landbundes, der bekannte Herr von Rohr, teil. Er sprach über das Thema: „Die Stellung der Landwirtschaft in der nationalen Revolution.“ Dabei kam er, wie es bei seinem prägnantesten Satz gegen die Gewerkschaften kaum zu erwarten, auch auf sie zu sprechen. Er erklärte unter anderem: „Das heutige System wäre bereits am Ende, und wir könnten froher in die Zukunft schauen, wenn nicht diese schwerfällige, schwer bewegliche Macht des gegenwärtigen Gewerkschaftsapparates hinter dem heutigen System stünde.“ Diese Ausführungen sind eine glänzende Rechtfertigung der Haltung der Gewerkschaften. Herr von Rohr sieht in ihnen den Faktor, dem der heutige Staat seine Existenz verdankt. Trotzdem die Tatsache, daß die Gewerkschaften bei den maßgebenden Stellen des heutigen Staates noch immer schwer um Verständnis für ihre Wünsche ringen müssen. Ja, daß eine Politik getrieben wird, die alles andere denn gewerkschaftsfreundlich ist. Ist das nicht ein höchst beauerlicher Zustand? Die Auffassung des Landbündlers von Rohr sollte die Führung des heutigen Staates mahnen, Einfuhr zu halten und sich endlich der Unhaltbarkeit ihrer heutigen Einstellung bewußt zu sein.

Reiz zur Reichsreform! Von der letzten deutschen Landeskonferenz wird folgendes berichtet: Der bayerische Ministerpräsident wies im Laufe der Verhandlungen darauf hin, daß der von den preussischen Vertretern so häufig zitierte Freiherr vom Stein gar kein Preuße gewesen sei. Hierauf erwiderte der preussische Vertreter, daß ja auch der Herr bayerische Ministerpräsident kein Baver, sondern Nassauer sei. Er selbst, der preussische Vertreter, sei Lübecker. Der Bürgermeister von Lübeck sei Medlenburger, der Ministerpräsident von Medlenburg-Schwernin wiederum sei Lübecker, der Staatspräsident von Hessen sei Bremer, der Ministerpräsident von Sachsen sei Preuße. Schließlich meldete sich der Vertreter von Thüringen, der dringendst bat, ihn nicht zu vergeßen, da er ja auch Preuße sei. — So wurden bisher die sogenannten „Belange“ der einzelnen Stämme gewahrt. Überdies: Reiz zur Reichsreform!

Sprachkurse in Groß-Berlin. Anfang Oktober 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die Winterkurse (Wendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Wichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre, Fremdwortkunde, „mit“, „mid“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Untertreibung von Auffassen. Zur Deckung der Ankosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbsslose zahlen die Hälfte. Die Teilnehmer werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: N. 64, Rosenhaller Straße 13 (nahe der Stadtbahn Börse und Untergrundbahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr mittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

Auf 15 Autos ein Benzinsapfelle. Auf je 4,5 Kilometer Landstraße oder 15 Autos und 13 Motorräder entfällt in Deutschland eine Zapfstelle für Benzin. Es gibt hierzulande rund 50.000 Benzinpumpen, die jährlich insgesamt etwa 1,2 Milliarden Liter verkaufen. Der durchschnittliche Tagesumsatz einer Zapfstelle beträgt mitteln nur 65 Liter oder 24,70 M. Die Tankstellen sind zum Teil luxuriös ausgestattet. Letzten Endes muß der Verbraucher diesen Luxus aufzuwand bezahlen. In welcher Weise die Kraftverkehrs-wirtschaft in Deutschland belastet ist, ersehen wir aus folgenden: Im Juni 1931 betrug der Exportpreis für bestes amerikanisches Benzin 4,5 Pf. je Liter, während der Durchschnittspreis in Deutschland 39 Pf. betrug. Mitteln werden in Deutschland rund 2 Milliarden Liter Benzin verbraucht, wofür 780 Millionen Mark aufgewandt werden müssen. In Holland würde diese Menge 220 Millionen Mark, also 540 Millionen Mark weniger kosten. Die Eindeckung des deutschen Bedarfs zum gegenwärtigen Weltmarktpreis würde 110 Millionen Mark erforderlich machen. Ingesamt muß der deutsche Kraftwagenverkehr 670 Millionen zusätzliche Lasten allein durch die Verteuerung des Benzins auf sich nehmen. Dadurch wird die Kraftverkehrswirtschaft, in der 550.000 Menschen beschäftigt sind, künstlich außerordentlich gehemmt. Diese ungenutzten Verhältnisse können auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden.

Wiederum hat der unerbittliche Schmitter Tod einen der Besten aus unseren Reihen gestiftet. Am 5. September verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege

Karl Reichmann

im Alter von 54 Jahren. Wir werden das Andenken des Verstorbenen, der über ein Jahrzehnt auf vorgeschobenem Posten für uns tätig war, stets in Ehren halten.

Die Mitgliederschaft Breslau und Gau Schlesien.

Am 5. September verstarb nach langem Leiden unsere langjährige Kollegin

Minna Busch

im Alter von 66 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihr

Die Jahrestelle Magdeburg.

Unserer lieben Kollegin Emmi Schäfer und Bräutigam Karl Hofem die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Mitgliederschaft der Jahrestelle Darmstadt.

Unserer lieben Kollegin Marie Weber zu ihrer Vermählung mit Herrn Tuschere die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Jahrestelle Seesen a. Harz.

Für die Woche vom 13. September bis 19. September ist die Beitragsmarke in das 38. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schulae. Charlottenburg, Weichselstraße 5. Fernruf: Amt Westend 1928. — Berlin: S. Lohsch. Charlottenburg, Oranienburger-Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. arbeitslosen Deutschlands, Weichselstraße 5. Charlottenburg 9. Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbD. Berlin SW 61. Dreilindstraße 5.